

LAUT. STARK. GRAS.

☒ ÖH-WAHL 13.-15. MAI

WAHLPROGRAMM 2025

GRAS

PRÄAMBEL

Wir leben in Zeiten von multiplen Krisen. Ob Klima-, Biodiversitäts-, Wirtschafts- oder Bildungskrise – das System, in dem wir leben, treibt Krisen voran und es ist wichtiger denn je, diesen mit echten Lösungen und Alternativen entgegenzutreten.

Als GRAS haben wir klare Visionen für eine zukunftsfähige Hochschule und Gesellschaft. Doch Visionen müssen auch umgesetzt werden. Tagtäglich engagieren wir uns aktiv für die Verbesserung von Studienbedingungen sowie für gesamtgesellschaftliche Veränderungen, die über den Hochschulkontext hinaus wirken.

Wir konnten bereits vieles erreichen, doch noch ist es zu früh, um sich zurückzulehnen.

Im letzten Jahr lag der durchschnittliche globale Temperaturanstieg erstmals über 1,5 Grad. Wetterextreme wie Stürme, Dürren und Hagel sind längst keine Ausnahme mehr und auch in Österreich spürbar. Zahlreiche Ökosysteme sind unumkehrbar beschädigt. Millionen von Menschen müssen fliehen, weil ihre Lebensgrundlagen

klimakrisenbedingt zerstört werden. Ohne rasche Handlungen droht die Klimakrise zur Klimakatastrophe zu eskalieren.

Auch das Bildungssystem steht vor tiefgreifenden Problemen: Unser Bildungssystem entwickelt sich zunehmend zu einem Ausbildungssystem, das schnelle Einspeisung in den Arbeitsmarkt über den Beitrag zur gesellschaftlichen und persönlichen Entfaltung stellt. Die schleichende Ökonomisierung und Entdemokratisierung der Bildung sind alarmierende Entwicklungen, die dringend gestoppt und umgekehrt werden müssen.

Gerade jetzt muss die Österreichische Hochschüler_innenschaft (ÖH) eine entschlossene und kritische Stimme sowie ein Sprachrohr für Studierende in gesellschaftlichen Debatten sein. Gerade jetzt braucht es eine ökologische, progressive, antifaschistische und inklusive ÖH, um Hochschulen und Gesellschaft zum Besseren zu verändern.

Gerade jetzt braucht es eine lautstarke GRAS.

GERADE JETZT: KLIMANEUTRALE HOCHSCHULEN

Die Klimakrise ist die zentrale Krise unserer Zeit. Viele Herausforderungen, vor die wir gestellt sind, hängen direkt mit ihr zusammen. Die 1,5-Grad-Grenze haben wir bereits überschritten, das bedeutet jedoch nicht, dass wir jetzt aufgeben dürfen. Jedes zehntel Grad hat dramatische Folgen für uns Menschen, die Natur und den Planeten. Bei allen politischen Handlungen und Entscheidungen muss effektiver Klimaschutz oberste Priorität haben, damit sich Wetterextreme, Ernteauffälle und die damit einhergehenden humanitären Krisen nicht noch weiter verschärfen.

Die Hochschulen haben hier eine ganz besondere Schlüsselrolle. Sie sind der Ort, an welchem durch Forschung Mittel erarbeitet werden, mit denen wir die Folgen der Klimakrise einbremsen

können. Als Orte der zukunftsfähigen Wissenschaft müssen sie mit gutem Vorangehen und ihre Treibhausemissionen drastisch reduzieren – das Ziel muss das Erreichen der Klimaneutralität 2030 sein. Dazu brauchen wir einerseits technische Innovation, um ressourcen- und energieschonender leben zu können, insbesondere auch um die Folgen der Klimakrise besser abschwächen zu können. Andererseits braucht es aber auch neue Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme, denn es kann keinen ökologisch-nachhaltigen Kapitalismus geben. Es ist allerhöchste Zeit, Maßnahmen zu treffen, um einen Systemwechsel herbeizuführen. Wir wollen alle Hebel in Bewegung setzen und uns lautstark einsetzen – für eine nachhaltige Hochschule, eine nachhaltige Gesellschaft und ein nachhaltiges System für alle.

KLIMAPOLITIK AN DER HOCHSCHULE

KLIMANEUTRALE HOCHSCHULE 2030

Als Bildungs- und Forschungseinrichtungen haben Hochschulen massiven Einfluss auf aktuelle und zukünftige Entscheidungsträger_innen. Indem sie selbst nachhaltige Maßnahmen umsetzen, können sie durch ihre Vorbildfunktion das Bewusstsein und Verhalten der Studierenden und der Gesamtgesellschaft positiv beeinflussen. Hochschulen spielen eine zentrale Rolle in gesellschaftlichen Transformationen, deshalb ist es besonders wichtig, dass sie bis 2030 klimaneutral werden.

Darüber hinaus tragen Hochschulen eine Verantwortung gegenüber künftigen Generationen. Mit der Umsetzung von Klimaneutralitätszielen zeigen sie, dass sie dieser Verantwortung gerecht werden.

Damit die im Betrieb von Hochschulen verursachten Emissionen reduziert werden können, braucht es ein ganzes Bündel an Maßnahmen: Treibhausgasbudgetierung, Dekarbonisierungspläne, nachhaltige Beschaffungspläne und Begrünungspläne. Damit Hochschulen das schaffen, müssen Planungs- und Umsetzungsmaßnahmen unbedingt jetzt ergriffen werden.

Österreichs Hochschulen haben ihr Geld nach wie vor auf Banken gelagert, die damit klimaschädliche Investments und Spekulationen betreiben. Diese Gelder müssen sofort abgezogen und klimaverträglich angelegt werden.

**STOP FÜR
KLIMASCHÄDLICHE
INVESTMENTS**

STRUKTURELLE VERANKERUNG VON KLIMASCHUTZ IM HOCHSCHULBETRIEB

Klimaschutz an Hochschulen zu institutionalisieren bedeutet, nachhaltige Praktiken fest in der Struktur, den Abläufen und der Kultur der Hochschule zu verankern. Dies beginnt mit der Integration von Klimaschutz in die Hochschulstrategie, etwa durch klare Ziele zur CO₂-Reduktion und durch Förderung nachhaltiger Forschung und Lehre. Klimaschutzbeauftragte oder -teams können diese Ziele koordinieren und sicherstellen, dass sie in allen Bereichen der Hochschule berücksichtigt werden.

Die Lehre sollte durch bereichsübergreifende Kurse und Programme mit Klima- und Nachhaltigkeitsbezug gestärkt werden, während die Forschung durch interdisziplinäre Zusammenarbeit zur Entwicklung von innovativen Lösungen für Klimawandelfolgen angeregt werden sollte. Der Campusbetrieb kann klimaverträglich gestaltet werden, etwa durch den Einsatz erneuerbarer Energien, die Förderung energieeffizienter Gebäude, die Schaffung von umweltfreundlichen Mobilitätsangeboten und einem breiten Angebot an pflanzlichen Nahrungsmitteln.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Unterstützung und Finanzierung von Klimaschutzprojekten, an denen sich Studierende und Mitarbeitende aktiv beteiligen können. Hochschulen können so nicht nur ihre eigene Klimabilanz verbessern, sondern auch das Bewusstsein der Hochschulangehörigen stärken.

Letztlich ist es entscheidend, alle Hochschulangehörigen in Prozesse einzubinden und Fortschritte regelmäßig zu überprüfen. Monitoring und regelmäßige Berichterstattung über die erreichten Klimaziele schaffen Transparenz und zeigen die kontinuierliche Verpflichtung der Hochschule zum Klimaschutz. Durch diese umfassende Integration von Klimaschutz in alle Bereiche wird die Hochschule zu einem Vorbild für nachhaltiges Handeln und leistet einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise.

Die Klimakrise lässt sich nicht alleine lösen, sondern nur durch entschlossene Zusammenarbeit zwischen Institutionen. Deshalb fordert die GRAS effektive Bündnisarbeit im Bereich Klimaschutz zwischen Hochschulen. Hierbei müssen vor allem Führungsebenen eingebunden werden, damit Maßnahmen auch flächendeckend umgesetzt werden. Hochschulen können so voneinander lernen und gemeinsame Strategien zum Klimaschutz entwickeln.

HOCHSCHUL- ÜBERGREIFENDE BÜNDNISARBEIT

KLIMA- KATASTROPHEN- FONDS

Die GRAS fordert die Einrichtung eines Klimakatastrophenfonds. Von der Klimakrise ausgelöste Extremwetterereignisse wie Hochwasser, Murenabgänge oder Brände vernichten immer wieder Existenzen von Menschen. Das staatliche Versagen der letzten Jahrzehnte kommt die Menschen so heute teuer zu stehen. Hier müssen Menschen unterstützt werden. Aktuell geschieht dies meist über eine temporäre Aufstockung von bestehenden Katastrophenfonds. Speziell für Studierende braucht es (finanzielle) Unterstützungen, wenn sie Notwendigkeiten des Alltages oder Hilfsmittel für ihr Studium reparieren oder neu anschaffen müssen. Hierfür sind staatliche sowie Mittel der ÖH aufzuwenden.

Die Bundes-ÖH hat in der vergangenen Funktionsperiode den Klimarat der Hochschulen ins Leben gerufen. Dabei haben knapp 40 Studierende, Lehrpersonen und Hochschulmitarbeitende hochschulrelevante Forderungen im Bereich Klimaschutz formuliert. Als GRAS fordern wir, dass diese Forderungen ernst genommen, detailliert diskutiert und bei Machbarkeit auch umgesetzt werden. Die Umsetzung der Forderungen des Klimarats fördert nicht nur den Klimaschutz, sondern ist auch ein wichtiger Schritt zu mehr partizipativer Demokratie in der Hochschulpolitik.

KLIMARAT ERNST NEHMEN

KEINE KOOPERATIONEN MIT FOSSILEN KONZERNEN

Wir als GRAS stehen grundsätzlich gegen Drittmittel ein, denn nicht der Markt soll bestimmen, wo und was geforscht oder gelehrt wird. Besonders kritisch sehen wir aber Drittmittel von Akteur_innen, welche mit fossilen Ressourcen und der Zerstörung der Umwelt Gewinne machen. Hier fordern wir die Hochschulen auf, solche Kooperationen zu beenden bzw. gar nicht erst einzugehen und sich auf strenge Richtlinien zur Drittmittelfinanzierung zu einigen und zu verpflichten. Hochschulen dürfen nicht der Ort sein, an dem dreckige Konzerne ihre Gelder reinwaschen.

HOCHSCHUL- KLIMASCHUTZGESETZ

Damit Klimaschutz auch wirklich verbindlich an Hochschulen implementiert wird, braucht es auch sanktionierbare Ziele, die Hochschulen zur Umsetzung von effektiven Klimaschutzmaßnahmen verpflichten. Als GRAS fordern wir daher die Prüfung auf Umsetzbarkeit eines separaten Hochschul-Klimaschutzgesetzes, das Klimaschutzziele auf Hochschulebene gesetzlich festlegt und damit auch gerichtlich sanktionierbar macht.

KLIMA- KOMMUNIKATION ZUGÄNGLICH MACHEN

In Zeiten, in denen Falschinformationen zu massiven gesellschaftlichen Einschnitten führen, ist es umso wichtiger, die Klimakrise sensibel und wissenschaftlich korrekt zu kommunizieren. Wir fordern ein ausgebautes Bildungsangebot für Studierende und Lehrende, wie sie im Umgang mit Kolleg_innen, im Beisl oder mit ihren Familien zu Klimathemen kommunizieren können – und das niederschwellig und wissenschaftlich fundiert.

KLIMA- UND NACHHALTIGKEITSBILDUNG

Das Studium soll Studierende mit Tools für die Zukunft ausstatten. Daher muss sich auch jedes Studium mit der Klimakrise befassen. Gesonderte Klima-Lehrveranstaltungen in allen Curricula, die sich auf das jeweilige Fachgebiet beziehen, müssen flächendeckend angeboten werden.

KLIMA IN DIE CURRICULA

KLIMA IN ALLE FAKULTÄTEN

Die Klimakrise betrifft alle Lebens- und Fachbereiche, aber noch nicht alle Fakultäten beschäftigen sich auch damit. Die GRAS fordert, dass die Klimakrise eine zentrale Rolle in allen Hochschul-Fakultäten spielt – übergreifend im Forschungs- und Lehrbetrieb.

Forschungserkenntnisse zur Klimakrise sind oft nicht leicht verständlich. Wissenschaftliche Studien sollen so aufbereitet werden, dass sie allgemein verständlich sind und so auch Personen außerhalb des Forschungsbereichs die Ergebnisse kommunizieren können. Die Klimakrise ist komplex – aber die Erkenntnisse müssen deswegen nicht unzugänglich sein.

KLIMAFORSCHUNG ZUGÄNGLICH MACHEN

ZUKUNFTSTRAGENDE INFRASTRUKTUR

Hochschulen sollen ein nachhaltiger und ökologischer Ort sein, wo verschlossene Bodenflächen aufgebrochen und Wände und Dächer begrünt werden. Versiegelte und reine Grünflächen können zu biodiversen Gärten und Parks umstrukturiert werden. Bestandsgebäude müssen effizient genutzt und die Notwendigkeit, Flächen zu verbauen, kritisch und ökologisch hinterfragt werden.

ENTSIEGELUNG UND BEGRÜNUNG VON HOCHSCHULEN

GRATIS KLIMATICKET FÜR STUDIERENDE

Für viele Studierende stellt Mobilität eine große finanzielle Belastung dar, insbesondere, wenn es darum geht, regelmäßig zur Hochschule zu pendeln oder Familie und Freund_innen zu besuchen. Ein kostenloses Klimaticket für Studierende wäre eine ideale Lösung, um umweltfreundliche Mobilität zu fördern und gleichzeitig die finanzielle Situation der Studierenden spürbar zu verbessern. Dabei ist es wichtig, dass das Angebot ohne Altersgrenze gilt, um allen Studierenden unabhängig von ihrer Lebenssituation Zugang zu fairer Mobilität zu ermöglichen.

weiter auf Seite 10

GRATIS KLIMATICKET FÜR STUDIERENDE

Das Klimaticket würde nicht nur den Alltag vieler Studierender erleichtern, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Verkehrswende leisten. Durch die Förderung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs könnten CO₂-Emissionen im Mobilitätssektor deutlich reduziert werden. Darüber hinaus stärkt ein solches Angebot soziale Teilhabe, da es mehr Flexibilität schafft und Hürden im Zugang zu Bildungseinrichtungen sowie sozialen Netzwerken abbaut. Ein kostenloses Klimaticket ist somit ein Schritt in Richtung Chancengleichheit und Klimaschutz zugleich.

Es ist wichtig, dass Hochschulen ihre Klimaschutzmaßnahmen zertifizieren lassen, um ihre Umweltleistung systematisch zu verbessern und transparent darzustellen. Zertifikate wie EMAS oder ISO 14001 belegen, dass die Hochschule konkrete, messbare Schritte im Klimaschutz unternimmt. Eine solche Zertifizierung stärkt das Vertrauen von Studierenden, Mitarbeitenden und der Öffentlichkeit, da sie zeigt, dass die Hochschule Verantwortung übernimmt und aktiv handelt. Zudem ermöglicht sie es Hochschulen, ihre Fortschritte messbar zu machen und gesetzliche Vorgaben oder selbstgesetzte Ziele zur CO₂-Reduktion zu erfüllen. Insgesamt tragen zertifizierte Hochschulen aktiv zur nachhaltigen Entwicklung und zur Erreichung globaler Klimaziele bei. Hierbei muss auf die wissenschaftliche Evidenz der Kriterien für Zertifikate geachtet werden.

ZERTIFIZIERTE UMWELTSCHUTZMASSNAHMEN

HOCHSCHULEN MIT ERNEUERBAREN ENERGIETRÄGERN VERSORGEN

Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zerstört nicht nur das Klima, sondern hält auch politische Verstrickungen mit problematischen Ölstaaten aufrecht. Als Ort für Zukunft müssen alle im Eigentum von Hochschulen stehende Immobilien mit erneuerbarer Energie versorgt und insbesondere die flächendeckende Installation von Photovoltaikanlagen forciert werden.

Um die Hochschule umweltfreundlich erreichen zu können, braucht es eine sichere Infrastruktur für Fahrradfahrer_innen, wie etwa baulich getrennte Fahrradwege. Auch die Infrastruktur an Hochschulen selbst muss ausgebaut werden, beispielsweise durch Fahrradreparatur-Boxen, Fahrradverleihe und Ladestationen für E-Bikes.

MOBILITÄTS-OFFENSIVE FAHRRADFREUNDLICHE HOCHSCHULE

NACHHALTIGE MOBILITÄT FÜR STUDIERENDE AUCH AN KLEINEREN HOCHSCHULSTANDORTEN

Gerade die Hochschulen abseits der großen Universitäten befinden sich oft auch in Regionen, in denen Studierende aufgrund der mangelnden Öffi-Möglichkeiten am Weg zur Hochschule auf ein Auto angewiesen sind. Bis hier eine adäquate Öffi-Struktur errichtet ist, müssen Hochschulen und die öffentliche Hand Sorge dafür tragen, dass die Studierenden dennoch möglichst ressourcenschonend und emissionsarm die regelmäßigen Wege von und zur Hochschule bewältigen können: Das sind insbesondere Unterstützungen für Fahrgemeinschaften, Carsharing- oder Park+Ride-Modelle.

Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ist für Studierende besonders wichtig, da viele auf günstige und umweltfreundliche Mobilitätsmöglichkeiten angewiesen sind. Studierende haben oft ein begrenztes Budget, sodass die Kosten für den Transport zu Hochschulen oder zu sozialen Aktivitäten eine erhebliche finanzielle Belastung darstellen können. Ein gut ausgebautes und günstiges öffentliches Verkehrsnetz ermöglicht ihnen, problemlos zu pendeln, ohne auf teure Alternativen wie das Auto angewiesen zu sein.

Zudem fördert der Ausbau des öffentlichen Verkehrs die Klimafreundlichkeit und unterstützt die Nachhaltigkeitsziele der Studierenden. In Zeiten der Klimakrise spielt der Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel eine Schlüsselrolle bei der Reduktion von Treibhausgasemissionen. Ein leistungsstarker und kostengünstiger Öffi-Ausbau hilft dabei, die Mobilität für Studierende zu vereinfachen und gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Besonders wichtig ist, dass dieser Ausbau nicht nur in den urbanen Ballungszentren geschieht, sondern auch Studierende bedenkt, welche in ländlichen Gegenden leben.

STUDI-FREUNDLICHER AUSBAU VON ÖFFIS

STUDI-FREUNDLICHE GEHWEGE

Insbesondere an den Hochschulen selbst muss auch die Mobilität zu Fuß bedacht werden. Einzelne Gebäude oder Standorte müssen einfach und möglichst direkt miteinander verbunden sein. Diese Fußwege müssen barrierefrei sein, sodass sie sowohl für Rollstuhlfahrer_innen, als auch für blinde Menschen benutzbar sind. Längere Fußwege im Freien brauchen genügend Sitz- und Pausenmöglichkeiten auf der Strecke und müssen ausreichend begrünt und beschattet sein. Wege sollten breit genug, nach Möglichkeit getrennt von Radwegen und in der Nacht ausreichend beleuchtet sein.

Mensen müssen ökologisch und auch sozial nachhaltig handeln. Speisen, insbesondere vegane und vegetarische, müssen kostengünstig angeboten werden. Bei den eingekauften Produkten soll auf Regionalität und auf die Saisonalität geachtet werden. Übriggebliebene Lebensmittel sollen nicht weggeschmissen, sondern kostenlos an Studierende abgegeben werden.

STUDI-FREUNDLICHE MENSEN

HITZE IM HÖRSAAL

Mit dem Fortschreiten der Klimakrise wird auch das Studieren in den Sommermonaten immer mühsamer. Eine Maßnahme, mit der die Studierenden direkt entlastet werden können, ist eine verpflichtende Live-Übertragung von Lehrveranstaltungen, wenn am Hochschulstandort Hitzetage mit Tagestemperaturen über 30 Grad Celsius auftreten oder wenn die Raumtemperaturen in den Hochschulgebäuden 25 Grad Celsius übersteigen.

Weil aber auch viele Studierenden nicht die Möglichkeit haben, ihre privaten Wohnungen zu kühlen, müssen Hochschulen Cool-Spaces anbieten. Auch aus Energiespargründen macht es mehr Sinn, öffentlich zugängliche Orte wie Universitäten und Bibliotheken zu kühlen, anstatt jede einzelne Wohnung mit Klimaanlage aufzurüsten.

Wir fordern eine automatische Aussetzung der Anwesenheitspflicht für jene Studierenden, die von Extremwetterereignissen wie Hitzeperioden, Überschwemmungen oder Waldbränden betroffen sind. Ebenso soll es Studierenden möglich sein, bei Bedarf Verlängerungen von Abgabefristen zu beantragen, wenn sie selbst von einer Klimakatastrophe betroffen sind oder im Einsatz zur Bekämpfung der Auswirkungen solcher Katastrophen stehen. Zusätzlich sollen betroffene Studierende die Möglichkeit erhalten, eine Aussetzung der Studiengebühren zu beantragen, sofern sie aufgrund der Klimakatastrophe über einen längeren Zeitraum beeinträchtigt werden und sich dadurch ihre Studiendauer verlängert.

KLIMA-KATASTROPHEN IM STUDIENVERLAUF BERÜCKSICHTIGEN

BESTAND NUTZEN STATT NEUBAU

Bei Bedarf von neuen Räumlichkeiten für Hochschulen muss zuerst geprüft werden, ob Bestandsgebäude anders oder effizienter genutzt werden können, anstatt neue Gebäude zu bauen. Wenn Neubauten dennoch notwendig sind, muss kritisch auf öffentliche Anbindung, Energie- und Flächeneffizienz geachtet werden.

Um aktive Mobilität mit dem Fahrrad zugänglicher zu machen, müssen Angebote für den Fahrradalltag verstärkt werden. Als GRAS fordern wir die Schaffung eines Fahrradzuschusses, der die Anschaffung von Fahrrädern für Studierende erleichtert. Hochschulstandorte sollen zudem Infrastruktur zum Reparieren anbieten – etwa Reparaturstationen oder betreute Repair-Cafés.

DEN RADALLTAG ERLEICHTERN

Um den Auswirkungen von Fahrraddiebstahl entgegenzuwirken, fordern wir das Angebot einer studierendenfreundlichen Fahrrad-Diebstahlversicherung.

TOP UP FÜR REPARATURBONUS

Der staatlich angebotene Reparaturbonus fördert Reparaturen von defekten (elektronischen) Geräten finanziell. Wir fordern, dass die ÖH ein Top Up für den Reparaturbonus für Studierende anbietet, um den finanziellen Aufwand für Reparaturen weiter zu reduzieren.

KLIMASCHUTZ HÖRT NICHT AN DER HOCHSCHULE AUF

Kohle, Öl und Gas machen noch immer einen signifikanten Teil der Energieversorgung in Österreich aus. Genau diese Energieträger sind es, die dafür sorgen, dass Österreich seine Klimaziele nicht einhält. Die Politik redet viel vom Ausstieg, setzt ihn aber nicht um. Das muss sich schnellstmöglich ändern!

RAUS AUS FOSSILER ENERGIE

REIN IN ERNEUERBARE

Für eine wirklich nachhaltige und klimaschützende Politik führt kein Weg an einer Energiewende vorbei. Dafür müssen erneuerbare Energieträger konsequent ausgebaut werden. Das wird aber nicht reichen – wir müssen in vielen Bereichen umdenken: wie und wie viel Energie wir verbrauchen, wie Energie für alle Menschen leistbar wird, wie verschwenderischer Energieverbrauch verhindert werden kann, und vieles mehr.

Der Autoverkehr macht mehr als ein Viertel der österreichischen Emissionen aus. Eine Verkehrswende ist daher unumgänglich. Dazu gehört für uns unter anderem der Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln und vor allem die Anbindung der ländlichen Regionen, ein Verbot von Kurzstreckenflügen, Tempo 100 auf Autobahnen und autofreie Innenstädte.

VERKEHRSWENDE

ÖKOSOZIALES STEUERSYSTEM

Das aktuelle Steuersystem ist nicht gerecht, weder für die Menschen noch für die Umwelt. Die CO₂-Steuer muss erhöht werden und weiterhin als Ausgleich für einkommensschwache Haushalte zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich muss gesellschaftlich umverteilt werden, indem Reichtums-, Luxus- und Erbschaftssteuern eingeführt und konsequent durchgesetzt werden.

Politiker_innen sind keine Expert_innen für alles – daher gibt es zum Beispiel einen Budgetbeirat, der den Nationalrat in Budgetfragen berät. Einen solchen Beirat braucht es auch für Klimafragen, besetzt durch unabhängige Expert_innen aus der Wissenschaft.

KLIMABEIRAT

KEINE KLIMASCHÄDLICHEN INVESTITIONEN UND SUBVENTIONEN

Die Liste der österreichischen Investitionen und Beteiligungen in klimaschädlichen Unternehmen und Projekten ist lang. Es ist Geld von Steuerzahler_innen, das somit direkt in klimaschädliche Aktivitäten fließt. Solche (teil-)staatlichen Beteiligungen müssen gestoppt werden.

Auch in Österreich bemerken wir bereits die Auswirkungen der Klimakrise. In anderen Teilen der Welt sind diese aber bereits jetzt so schlimm, dass Menschen ihren Lebensraum vollständig verlieren. Österreich als Mitverursacher dieser Krise muss auch finanziell seinen Beitrag dazu leisten, dass weltweit konsequenter Klimaschutz betrieben wird.

BEITRAG ZUR WELTWEITEN KLIMAFINANZIERUNG

KLIMAGERECHTIGKEIT – VERANTWORTUNG ERNST NEHMEN

Für die GRAS ist klar: Klimaschutz muss gerecht stattfinden. Klimagerechtigkeit bedeutet, dass Klimaschutz nicht auf den Schultern der Schwächsten ausgetragen werden darf – egal ob in Österreich oder global. Es müssen jene bezahlen, welche die Verantwortung an der Klimakrise tragen und bei den Unternehmen, welche die meisten Emissionen verursachen, muss am meisten eingespart werden. Es dürfen nicht jene, welche die wenigste Schuld tragen, nun in Verantwortung gezogen werden.

Das Klimaschutzgesetz war ein fixes Versprechen in der vergangenen Legislaturperiode, dennoch wurde es nicht umgesetzt. Die Häufung von Extremwetterereignissen und weiteren Klimakatastrophen zeigt: Klimaschutz muss gesetzlich verankert werden und wir können nicht länger darauf warten.

KLIMASCHUTZGESETZ

EINHALTUNG DER PARISER KLIMAZIELE

Das Einhalten der Pariser Klimaziele ist entscheidend, um den durchschnittlichen globalen Temperaturanstieg auf maximal 1,5 °C zu begrenzen und die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu verhindern. 2024 war das erste Jahr, in dem die globale Durchschnittstemperatur 1,5 °C über dem langjährigen vorindustriellen Mittel lag. Die Auswirkungen davon können wir in Österreich und weltweit spüren: Hochwasser, Dürre, Stürme, Brände – all das wird sich nur noch weiter intensivieren.

Besonders wichtig sind die Pariser Klimaziele, um gefährliche Kipppunkte nicht zu überschreiten. Kipppunkte sind unumkehrbare Prozesse wie das Abschmelzen von Eisschilden oder das Auftauen von Permafrost, welche die Klimakatastrophe noch einmal beschleunigen.

GERADE JETZT: INKLUSIVE HOCHSCHULEN FÜR ALLE

Diskriminierende Strukturen aller Art sind tief in unserer Gesellschaft und damit auch an als offen und progressiv geltenden Hochschulen verankert. Es gibt unzählige Fälle von sexualisierten Übergriffen und Catcalling, Studierende werden in Lehrveranstaltungen und Hochschulsystemen gedeadnamed¹, BIPoCs (Black, Indigenous, People of Colour) sind in Vorlesungen mit rassistischen Strukturen und Übergriffen konfrontiert und von barrierefreien Hochschulen sind wir noch weit weg. Wenn Mitstudierende und Lehrende diskriminierende Arbeitsweisen reproduzieren und rassistische, homo-, bi-, trans- oder islamophobe, antisemitische, ableistische oder klassizistische Wortmeldungen tätigen,

können und wollen wir nicht wegschauen.

Jegliche Form von Diskriminierung ist mit einer solidarischen und offenen Gesellschaft nicht vereinbar. Die GRAS kämpft gegen alle menschenverachtenden Strukturen an und packt die Probleme an ihrer Wurzel: Deswegen kämpfen wir für die Zerschlagung des Hetero-Cis-Patriarchats, eine antifaschistische und diskriminierungsfreie Gesellschaft und das bewusste Ablegen von kapitalistischen Denk- und Handlungsweisen, damit alle Studierenden chancengerechten und freien Zugang zu Gesellschaft und Hochschulen haben.

¹ Deadname (englisch für „toter Name“) bezeichnet bei einer Person, die einen neuen Vornamen angenommen hat, den alten, von der betreffenden Person nicht mehr verwendeten Vornamen. Dies ist üblicherweise bei trans und nichtbinären Personen der Fall.

EINE ANTIDISKRIMINIERENDE HOCHSCHULE FÜR ALLE

SENSIBILISIERUNG DER STUDIERENDEN

Auch Studierende müssen untereinander bei Diskriminierungsvorfällen eingreifen können und Tools haben, gemeinsam Lehrenden zu kritisieren, wenn diese problematische Aussagen tätigen. Dafür benötigt es niederschwellige Möglichkeiten zur Weiterbildung für solidarisches Handeln.

Die Lehrenden müssen Schulungen über die verschiedenen Arten von Diskriminierung erhalten, damit sie einerseits ihre Vorlesung inklusiv und diskriminierungsfrei gestalten können, andererseits auch eingreifen können, wenn es zu Vorfällen vonseiten der Studierenden oder anderen Lehrenden kommt.

SENSIBILISIERUNG DER LEHRENDEN

SANKTIONEN FÜR DISKRIMINIERUNG

Jede Hochschule muss einen Leitfaden für diskriminierendes oder übergriffiges Verhalten vonseiten der Lehrenden erarbeiten. Darin ist insbesondere das weitere Verfahren nach mehrfachen Vorfällen gegenüber Studierenden oder anderen Personen festzuhalten. Täter_innen dürfen nicht unbeschadet weitermachen.

Die Gremien der Hochschule sollen diese auch repräsentieren. Neben einer Quotierung für FINTA*-Personen geht es hierbei auch um andere marginalisierte Gruppen, welchen aufgrund von Hürden seltener vertreten sind. Repräsentative Hochschulgremien sind essentiell, um unterschiedliche Lebensrealitäten besser abbilden zu können.

REPRÄSENTATIVE HOCHSCHULGREMIEN

MELDESTELLEN FÜR SEXUALISIERTE ÜBERGRIFFE UND ANDERE DISKRIMINIERUNGEN

Der Zugang zu Hilfsmöglichkeiten für Betroffene von (sexualisierter) Gewalt ist oft mit vielen Hürden und wenig Unterstützung verbunden. Mit niederschweligen Meldestellen soll eine gesammelte Erstanlaufstelle für Studierende geschaffen werden.

Veranstaltungen sind häufig Räume, die von Übergriffigkeiten geprägt sind. Ab einer Teilnehmer_innenzahl von 300 sollen Konzepte und Verantwortliche für Awarenessarbeit zu Verfügung stehen, die das Wohlbefinden von Teilnehmenden unterstützen. Dabei kann sich auf Empfehlungen aus dem Veranstaltungssektor (vgl. Vienna Club Commission) bezogen werden.

AWARENESS- TEAMS/-KONZEPT BEI EVENTS VON HOCHSCHULEN

RECHTLICHE BERATUNG FÜR DISKRIMINIERUNG UND ÜBERGRIFFE

Es kommt oft vor, dass Studierende Diskriminierungen erleben, aber nicht wissen, was ihre rechtlichen Möglichkeiten sind, sich zu wehren. Wir wollen, dass die ÖH rechtliche Beratung für Studierende im Fall von Diskriminierung an der Hochschule finanziert und sich dafür einsetzt, dass diese auch von Hochschulen bereitgestellt werden.

So wie die gesamte Gesellschaft ist auch oft die Bildung an unseren Medizinischen Universitäten auf den Stereotyp des weißen Mannes ausgelegt. Das schadet besonders Frauen* und Minderheiten. Deren Erkrankungen werden häufiger nicht ernst genommen oder erst viel später erkannt, weil sie teilweise unter anderen Symptomen leiden als Männer. Wir wollen, dass die Lehre an den Medizinischen Universitäten die Vielfalt der Gesellschaft abdeckt!

MEDIZINSTUDIUM: AUSBAU ÜBER DAS WISSEN VON DIVERSEN MENSCHLICHEN KÖRPERN

LITERATURKANON IN DER HOCHSCHULLEHRE HINTERFRAGEN UND DIVERSERE STIMMEN HÖREN

„Wir brauchen Kant, aber nicht nur Kant.“ Um diversere Blickwinkel auf Fachthemen zu ermöglichen, müssen Curricula auf ihre Bezugsquellen untersucht und gegebenenfalls angepasst werden. Dass immer noch fast ausschließlich die gleichen zwanzig weißen Männer wie vor fünfzig Jahren gelesen werden, ist überholt und gehört um andere Perspektiven erweitert.

Viele Förderungen und Beihilfen fallen ab einem bestimmten Alter weg, wie die Familienbeihilfe mit 24. Alle Menschen, egal welchen Alters, haben das Recht auf freien und barrierearmen Zugang zu Bildung.

KEINE ALTERS- DISKRIMINIERUNG

QUEERFEMINISTISCHE HOCHSCHULE

AK GLEICH SICHTBAR MACHEN

Noch immer spüren wir im Alltag die Auswirkungen des Patriarchats. Deshalb braucht es eine Ausweitung queerfeministischer Strukturen an unseren Hochschulen. Aber auch schon bestehende Strukturen, wie der Arbeitskreis Gleichstellung, welcher zum Beispiel ein wichtiges Kontrollorgan bei der Einhaltung von gleichbehandlungsrechtlicher Vorschriften ist aber auch als Beratungsorgan für alle Hochschulangehörigen dient, müssen sichtbar gemacht werden.

Die Gender Studies leisten einen großen Beitrag zu einer inklusiven und diskriminierungsfreien Gesellschaft. Diese Forschung muss durch mehr Geldmittel gestärkt werden, insbesondere müssen aber mehr Lehrstühle dafür eingerichtet werden. In Zeiten, in denen die stimmenstärkste Partei des Nationalrats offen ihre Abschaffung fordert, ist es umso wichtiger, die Gender Studies zu schützen.

STÄRKUNG DER GENDER STUDIES

QUEERFEMINISTISCHE LEHRE IN ALLEN STUDIENGÄNGEN

Viele Forscher_innen wurden aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung unsichtbar gemacht – dies muss in allen Studiengängen und Forschungsbereichen aufgearbeitet werden. Eine queerfeministische Perspektive, die weniger beleuchtete Stimmen thematisiert, muss sich in allen Studiengängen wiederfinden.

Wer einen ungewöhnlichen Namen hat oder gerne mit anderen Pronomen angesprochen werden möchte, weiß, wie unangenehm das sein kann. Studierende müssen die Möglichkeit haben, in Lehrveranstaltungen und Schriftverkehr mit der Hochschule mit den richtigen Pronomen, dem richtigen Namen und seiner richtigen Aussprache angesprochen zu werden. Das muss einfach und niederschwellig im Hochschulsystem von den Studierenden selbst erledigt werden können.

Sowohl Pronomen, Aussprache des Namens und der gewünschte Name sollten frei angebar und änderbar sein können.

EINFÜHRUNG VON SYSTEM FÜR FREIE NAMENS- UND PRONOMEN WAHL

GESCHLECHTER-GERECHTE SPRACHE IN SCHRIFT UND WORT

Um alle Geschlechter gleichermaßen sichtbar zu machen, muss sowohl mündlich als auch schriftlich gegendert werden, so dass auch wirklich alle angesprochen werden.

Menschen, welche nicht der fingierten binären und cisnormativen Vorstellung entsprechen, erfahren häufig Diskriminierung bei der Verwendung von Räumen, welche nach dem cisnormativen, binären Geschlechtssystem geteilt sind. Bei allen Räumlichkeiten, welche danach geteilt sind, muss es zusätzlich auch eine All-Gender-Möglichkeit geben.

ZUSÄTZLICHE ALL-GENDER TOILETTEN UND UMKLEIDEN

WICKELTISCHE IN ALLEN TOILETTEN

In unserer Gesellschaft sind Wickeltische oft nur in Frauentoiletten zu finden.

Nicht nur Frauen* kümmern sich um Kinder, weshalb es in allen Toiletten einen Wickeltisch braucht. Toiletten mit Wickeltischen müssen zudem so ausgeschildert werden, dass sie gut auffindbar sind (z.B.: durch Kennzeichnung auf Lageplänen).

Es braucht diskrete Räume auf Hochschulen, in denen sich Studierende erholen können. Auch bieten diese Räume die Möglichkeit, geschützt vor Blicken Medikamente einzunehmen (wie zum Beispiel Insulin) oder sein Kind zu stillen.

ERHOLUNGSRÄUME UND PRIVATSPHÄRE FÜR ALLE

ORGANISIERTE STD-TESTS

Sexuell übertragbare Krankheiten sind nach wie vor ein tabuisiertes Thema, hinzu kommt, dass STD-Tests oftmals mit erheblichen Kosten einhergehen. Deswegen braucht es kostenlose und niederschwellige Angebote für STD-Testings für alle.

Personen, die menstruieren, sollten die finanziellen Kosten dafür nicht tragen müssen. Das fordern wir immer und überall, die Hochschulen müssen den ersten Schritt machen und mit gutem Beispiel vorangehen.

KOSTENLOSE MENSTRUATIONS-ARTIKEL

GRATIS SCHWANGERSCHAFTSTESTS

Personen, welche schwanger werden können und Gewissheit bezüglich einer potentiellen Schwangerschaft möchten, sollten diese finanziellen Kosten nicht tragen müssen, insbesondere, wenn sie von der anderen Person alleine gelassen werden.

Oftmals tragen die Kosten für Verhütungsmittel jene Personen, die potenziell schwanger werden könnten. Außerdem ist der Kostenfaktor einer der häufigsten Gründe, aus welchen sich Menschen gegen ein sicheres Verhütungsmittel entscheiden. Um sowohl den Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten zu verbessern, als auch ungewollte Schwangerschaften zu verhindern, sollten Verhütungsmittel gratis sein.

GRATIS VERHÜTUNGSMITTEL

MENSTRUATIONSSCHMERZEN ALS FEHLGRUND

Menstruationsschmerzen können oft lähmend und grausam sein. Man kann von betroffenen Studierenden nicht verlangen, dass sie trotzdem Kurse besuchen müssen. Am Beispiel Spaniens fordern wir deshalb, dass Menstruationsschmerzen als entschuldigter Fehlgrund aufgenommen werden.

In Österreich wird Medizinstuden_innen oft nicht beigebracht, wie sie eine Abtreibung durchführen können. Dies liegt daran, dass Abtreibungen in Österreich leider immer noch nicht legal sind. Es gibt jedoch Wege, die Inhalte an Medizinstudierende zu vermitteln. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Medizinischen Universitäten diese Ausbildung in das Curriculum für Gynäkologie aufnehmen.

**MEDIZINSTUDIUM:
WISSEN ZU
SCHWANGER-
SCHAFTSABBRÜCHEN
ERLERNEN!**

**WEITERBILDUNGS-
MÖGLICHKEITEN
FÜR QUEERE
SEXUALKUNDE**

In den meisten Schulen wird Sexualkunde ausschließlich cis-heteronormativ unterrichtet. Insbesondere für Lehramtsstudierende ist es wichtig, auch über andere Formen der Sexualität informiert zu sein. Ein besonderer Fokus soll auf dem Thema Konsens liegen.

Schwangerschaftsabbrüche sind in unserer Gesellschaft stark tabuisiert. Hier muss das Angebot an Kliniken, die Abbrüche durchführen, vergrößert und die Informationsoptionen verbessert werden. Besonders Personen in prekären Lebensumständen sollten hier keine zusätzlichen Hürden durch hohe Kosten haben.

**KOSTEN-
UNTERSTÜTZUNG
BEI SCHWANGER-
SCHAFTSABBRÜCHEN**

**ANTIRASSISTISCHE
HOCHSCHULE**

**ANTIRASSISMUS-
WORKSHOPS FÜR
LEHRBEAUFTRAGTE**

Um Lehrende für rassistische Diskriminierung zu sensibilisieren, sollen verpflichtende Anti-Rassismus-Schulungen für Lehrpersonal eingeführt werden. Wir leben alle in einem rassistischen System und es ist wichtig, hier Verhaltensmuster aufzuarbeiten und alles gegen eine Reproduktion dieser zu unternehmen.

Viele Curricula behandeln kulturelle Themen immer noch aus einer Perspektive, die die westliche Machtpositionierung in der Wissenschaft nicht kritisch hinterfragt. Das Behandeln von postkolonialer Theorie ermöglicht kritischer mit wissenschaftlichen Positionen und ihrem Zustandekommen umzugehen.

**UNTERRICHTSPRINZIP
„POST
KOLONIALISMUS“
EINFÜHREN**

**UNTERSTÜTZUNG BEI
RASSISMUS AN DER
HOCHSCHULE**

Studierende, die von Rassismus betroffen sind, sollten bei Übergriffen schnelle und leicht zugängliche Unterstützung bekommen und klare Ansprechpersonen haben. Es ist wichtig, dass die Anlaufstelle ihre Hintergründe repräsentieren und Diskriminierungserfahrungen nachvollziehen können

Unsere Hochschulen haben teils problematische Vergangenheiten. Hochschulen sollen hier rassistische Strukturen in ihrer Geschichte aufarbeiten und offenlegen. Denn wir lernen nur aus der Vergangenheit, wenn wir uns damit beschäftigen.

**GESCHICHTLICHE
AUFARBEITUNG VON
RASSISTISCHEN
STRUKTUREN AN DER
HOCHSCHULE**

**ERHEBUNG
RASSISMUS AN
HOCHSCHULEN**

Rassismus hat viele Facetten. Um Einblicke zu Rassismen an österreichischen Hochschulen zu bekommen, fordern wir eine datengeschützte Erhebung und Analyse von gelebten Rassismus an Hochschulen. Die Ergebnisse müssen niederschwellig zugänglich sein, um möglichst viele Erfahrungen sammeln.

Neben der Datenerhebung ist vor allem aktives Handeln gegen Rassismus wichtig. Hier soll ein Aktionsplan gegen Rassismus an unseren Hochschulen ausgearbeitet werden, als Beispiel dient der Aktionsplan „Eine rassismuskritische Gesellschaft“ von der Stadt Bregenz.

**AKTIONSPLAN
RASSISMUS AN
HOCHSCHULEN**

BARRIEREFREIE HOCHSCHULE

BARRIEREFREIER CAMPUS

Nicht nur die Hörsäle müssen barrierefrei sein, sondern der ganze Campus! Blinden-Leitsysteme, rollstuhlgerechte Zugänge zu allen Bereichen des Campus, Rückzugsorte und vieles mehr müssen standardmäßig ausgebaut werden.

Lernunterlagen müssen zumindest auf Anfrage, idealerweise jedoch immer allen Studierenden niederschwellig zugänglich sein. Das heißt: Videos mit Untertiteln, auditive Bildbeschreibungen, Texte mit Audioversion, etc.

BARRIEREFREIE LERNUNTERLAGEN

BARRIEREFREIE AUSRÜSTUNG VON HÖRSÄLEN UND SEMINARRÄUMEN

Hörsäle und Seminarräume müssen für alle ein Ort der niederschwellig zugänglichen Bildung sein. Diese müssen ohne ewige Umwege mit dem Rollstuhl erreichbar sein, aber auch mit technischen Voraussetzungen für Seh- oder Hörbehinderte ausgestattet sein.

Zumindest auf Anfrage müssen ÖGS-Dolmetscher_innen bei Vorlesungen zur Verfügung gestellt werden. Aufzeichnungen oder Lehrvideos, welche öfter verwendet werden, sollten mit Untertiteln versehen werden.

ZUGÄNGLICHKEIT VON VORLESUNGEN FÜR HÖRBEHINDERTE

WEBSITES VON HOCHSCHULEN BARRIEREFREI GESTALTEN

Websites barrierefrei zu gestalten ist essentiell, um sie für alle zugänglich zu machen. Hierfür gibt es viele Richtlinien und Leitfäden, wie eine barrierefreie Website zu gestalten ist – diese sollen alle Hochschulen umsetzen, um ihre digitalen Informationen zugänglicher zu machen.

MENTALE GESUNDHEIT AN DEINER HOCHSCHULE

EINFACHERE ZUGÄNGLICHKEIT ZUM PSYCHOTHERAPIE FONDS

Der Psychotherapiefonds der ÖH-Bundesvertretung muss aufgestockt werden und gleichzeitig müssen die Zugangsvoraussetzungen herabgesetzt werden. Psychotherapie muss für alle zugänglich sein – und ist in den aktuellen Zeiten notwendiger denn je.

AUSBAU DER STUDIENPLÄTZE BEI PSYCHOLOGIE UND MEDIZIN

Insbesondere der Mangel an ausgebildeten Psycholog_innen und Ärzt_innen führt zu langen Wartezeiten. Diesem Problem kann durch einen massiven Ausbau der Bildungsplätze entgegengewirkt werden.

Die psychologische Studierendenberatung unterstützt Studierende bei studienbezogenen und persönlichen Problemen. Die bestehenden Strukturen müssen stärker beworben werden, darüber hinaus müssen diese auch ausgebaut werden. Insbesondere direkt an den Hochschulen muss diese niederschwellig angeboten werden.

AUSBAU DER PSYCHOLOGISCHEN STUDIERENDENBERATUNG

ENTTABUISIERUNG VON PSYCHISCHEN ERKRANKUNGEN

Trotz viel verbreiteter Aufklärung sind psychische Erkrankungen mit vielen Stigmata verbunden. Hochschulen stehen in der Verantwortung, gegen Shaming, Bagatellisierung und Stigmata rund um psychische Erkrankungen anzukämpfen.

Der Umgang mit psychisch belasteten Studierenden erfordert oft besondere Rücksichtnahme. Lehrende sollen hier für Umgangsweisen und Herausforderungen von Studierenden mit psychischen Erkrankungen sensibilisiert werden.

**SENSIBILISIERUNG
FÜR LEHRENDE
FÜR PSYCHISCHE
ERKRANKUNGEN
(BEI Z. B.
PANIKATTACKEN)**

INTERNATIONALE STUDIERENDE

**STOP DER
DISKRIMINIERUNG
VON DRITTSTAAT-
STUDIERENDEN**

Die Hindernisse, welche Drittstaatsstudierenden in den Weg gelegt werden, wie doppelte Studiengebühren und Mindestleistungen, sind diskriminierend und müssen dringend abgeschafft werden. Egal, woher jemand kommt – alle Menschen haben das Recht auf einen freien Hochschulzugang und keine Personen sollte aufgrund der eigenen Herkunft anders behandelt werden – auch nicht an unseren Hochschulen.

Wir fordern schnellere und transparentere Anerkennungsverfahren für Abschlüsse und Kurse aus dem Ausland – außerdem brauchen Studierende hier leicht zugängliche Informationen, wie Anrechnungen funktionieren.

**ANERKENNUNG
VON VORSTUDIEN-
LEISTUNGEN
VEREINFACHEN**

**MEHRSPRACHIGE
INFORMATIONEN-
ANGEBOTE
SCHAFFEN**

Wichtige Informationen zu Studium, Verwaltung und Rechten sollten auf Englisch, BKS, Arabisch und anderen häufigen Sprachen bereitgestellt werden. So können Barrieren abgebaut werden und die Hürden für internationale Studierende gesenkt werden.

In einem neuen Land ein Studium zu beginnen bringt genug Schwierigkeiten mit sich. Sprachbarrieren sollen hier leicht abgebaut werden können durch kostenlose oder stark vergünstigte Deutschkurse auf allen Niveaus.

**ZUGANG ZU
SPRACHKURSEN**

**AUSBAU
BERATUNGSTEAMS
FÜR
INTERNATIONALE
ANGELEGENHEITEN**

Österreich ist ein Land der Bürokratie – hier den Durchblick zu behalten ist schwierig. Die GRAS fordert hier das Bereitstellen und den Ausbau spezialisierte Anlaufstellen für Fragen zu Studium, Visa, Arbeit und Alltag.

GERADE JETZT: BILDUNG FÜR ALLE

Bildung ist ein Menschenrecht und darf nicht von kapitalistischen Verwertungslogiken bestimmt werden. Dennoch werden Studiengänge, die nicht unmittelbar monetär verwertbar sind, häufig als „Feel-Good-Studiengänge“ abgetan. Warum sollte ein Bachelor in Byzantinistik weniger wert sein als ein Abschluss in Betriebswirtschaftslehre? Warum genießen manche Studiengänge – dank starker Drittmittelfinanzierung – hochqualitative Lehre mit exzellenten Lernmaterialien und einem guten Betreuungsschlüssel, während andere Studienrichtungen um grundlegende Ressourcen kämpfen müssen? Und warum unterscheiden sich Mitbestimmungsrechte der Studierenden so drastisch zwischen

den Hochschulsektoren?

All das sind Fragen, die wir uns stellen, und gleichzeitig Probleme, die wir angehen wollen. Das Bildungs- und somit auch das Hochschulsystem in Österreich sind weiterhin kapitalistisch geprägt und leistungsorientiert. Leistungsdruck, wirtschaftliche Verwertbarkeit und Konkurrenz stehen im Vordergrund. Freie Bildung bedeutet für uns, dass alle Studierenden ihre Interessen und Stärken frei entfalten können – ohne finanzielle Hürden, elitäre Ausschlussmechanismen oder ökonomische Zwänge – und damit einen wertvollen Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten können.

EINE ECHTE STUDIENEINGANGS- UND ORIENTIERUNGS- PHASE

Die Studieneingangs- und Orientierungsphase muss neu gedacht werden und eine echte Orientierungsphase für die Studierenden sein, und keine Hintertür für die Hochschulen, um die Studierendenzahl durch Mindestleistungen zu begrenzen.

Ob Lohnarbeit, Zeitpläne, Betreuungspflichten oder schlichtweg das Achten auf Gesundheit – alle Studierenden haben andere Voraussetzungen und verdienen damit auch die Möglichkeit, ihr Studium flexibel zu gestalten. Dadurch wird auch ein nachhaltiger Bildungsgewinn sichergestellt.

FLEXIBLES STUDIUM

STUDIENPLATZ- AUSBAU STATT ZUGANGS- BESCHRÄNKUNGEN

Bildung ist ein Menschenrecht, der Zugang zu ihr darf nicht durch Aufnahmetests, besonders, wenn diese mit Gebühren verbunden sind, erschwert werden. Im Gegenteil: Hochschulen müssen ausreichend Studienplätze für alle schaffen.

Jeder Mensch soll unabhängig von Herkunft oder den finanziellen Möglichkeiten der Eltern studieren können. Das Absetzen von Studiengebühren ist daher essentiell, um Bildung möglichst zugänglich zu gestalten.

KEINE STUDIENGEBÜHREN

AUSFINANZIERTE HOCHSCHULEN

Der Staat ist dafür verantwortlich, genügend finanzielle Mittel zu Verfügung zu stellen, um einen hochqualitativen Bildungs- und Forschungsbetrieb an Hochschulen sicherzustellen. Hochschulen dürfen nicht auf Drittmittel angewiesen sein, um zu forschen und zu lehren.

Durch staatlich ausfinanzierte Hochschulen sollte die Notwendigkeit für Drittmittel von Unternehmen hinfällig werden. Derzeit wird allerdings noch viel Hochschulinfrastruktur durch Drittmittel mitfinanziert, so sponsert etwa der Waffenkonzern Glock Bereiche der TU Wien. Bis eine vollständige Ausfinanzierung seitens des Staates durchgesetzt ist, müssen strenge Richtlinien vorgelegt werden, um die Abhängigkeit von Hochschulen sowie den Einfluss privatwirtschaftlicher Interessen auf Lehre & Forschung möglichst einzuschränken.

RICHTLINIEN FÜR DRITTMITTEL

HOCHSCHULWATCH

Die Unabhängigkeit der Forschung und Bildung an Hochschulen von unternehmerischen Interessen ist unheimlich wichtig für die Wissenschaftlichkeit. Durch die Umsetzung einer öffentlich zugänglichen Plattform nach dem Vorbild von Hochschulwatch in Deutschland sollen (vermeintliche) Korruptionen und Einflussnahmen von Unternehmen an Hochschulen einsehbar sein.

Jeder Mensch soll unabhängig von Herkunft oder den finanziellen Möglichkeiten der Eltern studieren können. Das Absetzen von Studiengebühren ist daher essentiell, um Bildung möglichst zugänglich zu gestalten.

KEINE STUDIENGEBÜHREN

VORAUSSETZUNGS- KETTEN ABSCHAFFEN

Voraussetzungsketten müssen überall abgeschafft werden, wo sie nicht unbedingt nötig sind (z. B. aus sicherheitstechnischen Gründen), da sie das Vorankommen im Studium unnötig verkomplizieren und verzögern.

Studierende sind in den meisten Gremien zahlenmäßig unterrepräsentiert, insbesondere, wenn man bedenkt, dass sie die größte Personengruppe an der Hochschule sind. Es braucht eine Gleichberechtigung aller Gruppen, sodass Professor_innen, akademisches Personal, allgemeines Personal und Studierende gleich viel mitreden und entscheiden dürfen. Dies würde durch eine Viertelparität dieser Personengruppen erreicht werden.

REPRÄSENTATIVE VERTRETUNG VON STUDIENDEN IN ALLEN GREMIEN

QUALITÄTS- SICHERUNG AUSWEITEN UND SICHERSTELLEN

Die Hochschulen müssen dafür sorgen, dass die Qualität ihrer Lehre ausreicht, damit das Studium ohne Zuhilfenahme von privaten Nachhilfekursen machbar ist. Insbesondere muss dafür ein größerer Fokus auf Didaktik im Berufungsverfahren gelegt werden und die Stellen fürs Qualitätsmanagement ausgebaut werden.

Die Anfechtung von Prüfungen ist nur unter sehr eng gefassten Umständen möglich, bei positiver Beurteilung ist sie gänzlich unmöglich. Die Rechtslage rund um das Prüfungsrecht ist äußerst unzugänglich gestaltet. Damit für Studierende durch Prüfungsanfechtungen kein Nachteil im Studium entsteht, sind Maßnahmen zu treffen, um Prüfungsanfechtungen für Studierende zu erleichtern.

RECHTSSICHERHEIT UND ERLEICHTERUNGEN BEI PRÜFUNGS- ANFECHTUNG

AUFSTOCKUNG DER BUCHBESTÄNDE IN BIBLIOTHEKEN

Die zusätzlichen Kosten für Pflichtliteratur belasten die Budgets der Studierenden. Insbesondere die Bestände von Standardwerken müssen aufgestockt werden, damit studienrelevante Literatur für Studierende verfügbar ist.

Pflichtliteratur darf keine finanzielle Hürde im Studium sein. Diese muss entweder von den Professor_innen (digital) bereitgestellt werden oder in ausreichender Menge in der Bibliothek verfügbar sein.

KEINE KOSTENPFLICHTIGE PFLICHTLITERATUR

ANRECHNUNG VON PRAXIS- ERFAHRUNGEN

Nicht nur die Inhalte, die an der Hochschule vermittelt werden, bedeuten Bildung. Deswegen sollten auch Erfahrungen, die in anderen Lebensbereichen (wie etwa Praktikum oder Arbeit) gemacht worden sind, anrechenbar sein.

Eine Beurlaubung muss leichter beantragbar sein, dabei sollen finanzielle Förderungen erhalten bleiben. Das muss gesetzlich verankert werden, bis es soweit ist, sollten die Hochschulen selbst die Möglichkeiten zur Beurlaubung vom Studium vereinfachen.

EINFACHERE BEURLAUBUNG IM STUDIUM

NACHRÜSTUNG DER HÖRSÄLE

Hörsäle müssen im 21. Jahrhundert ankommen und dementsprechend nachgerüstet werden: Das bedeutet vor allem ausreichend Steckdosen, aber auch qualitatives Equipment für hybride Lehrveranstaltungen, ergonomische Sitze und die Nachrüstung sonstiger veralteter Materialien.

Hochschulen sind ein Ort für Austausch. Es muss Möglichkeiten geben, Lernpausen mit Hobbys, Entspannung und Gemeinschaftsaktivitäten zu füllen. Die Campi sollten an die Bedürfnisse der Studierenden angepasst werden. Dafür müssen Hochschulen Gemeinschaftsräume, Sport- und Bewegungsräume sowie Räume zur selbstverwalteten Gestaltung für Studierende zur Verfügung stellen.

HOCHSCHULE ALS RAUM ZUM WOHLFÜHLEN

STUDENTS AT RISK PROGRAMM

In Österreich soll ein Students at Risk Programm aufgebaut werden, um Studierenden, die unter politischer Repression stehen, die Möglichkeit zu bieten, ihre wissenschaftliche Ausbildung in Österreich fortzuführen.

Mehrsprachigkeit ist der Schlüssel zur internationalen Kommunikation und Vernetzung. Viele Hochschulen bieten bereits vergünstigte Sprachkurse an, diese sollten gratis sein. Insbesondere Kurse und Sprachzertifikate, die Voraussetzungen in Studiengängen sind, müssen kostenlos zugänglich sein.

KOSTENLOSE SPRACHKURSE UND SPRACHZERTIFIKATE FÜR STUDIERENDE

GRUNDSTIPENDIUM

Die Studienbeihilfe soll nicht mehr vom Einkommen der Eltern abhängig sein. Die GRAS setzt sich für ein Grundstipendium für alle Studierenden an österreichischen Hochschulen ein.

Viele Studierende wissen gar nicht, auf welche Beihilfen sie ein Anrecht haben, zudem ist es durch Bürokratie und Sprachbarrieren oft schwierig, sich zu informieren oder die Beihilfen tatsächlich zu beantragen. Dieser Zugang muss durch Beratungs- und Informationsangebote erleichtert werden.

EINFACHER ZUGANG ZU BEIHILFEN

KINDER- BETREUUNGS- ANGEBOTE AN DER HOCHSCHULE

Kein Elternteil soll in seiner akademischen Laufbahn eingeschränkt oder gar gezwungen sein, diese abzubrechen. Insbesondere an Fachhochschulen müssen Kinderbetreuungsangebote für Studierende Eltern verfügbar sein.

First Generation Students haben nicht das Privileg, vom Erfahrungswissen ihrer Akademiker_inneneltern zu profitieren und werden oft ins kalte Wasser gestoßen. Orientierungs- und Studienanfangsangebote müssen daher niederschwellig und flächendeckend ausgebaut werden.

HOW-TO- HOCHSCHULE, EINSTIEGSANGEBOTE

GESETZLICHE KRANKEN- UND UNFALL- VERSICHERUNG

Ab dem Alter von 27 Jahren können sich Studierende nicht mehr bei ihren Eltern mitversichern. Davor müssen ECTS-Leistungen erbracht und Studienzeiten eingehalten werden. Wir fordern, dass die gesetzliche Sozialversicherung auch für Studierende gilt und somit altersunabhängig greift.

Auch wenn für viele das Studium selbst nichts kostet, ist es doch mit Aufwendungen verbunden: Literatur, Geräte, Exkursionen, etc. Diese Kosten sollen nicht von Studierenden getragen werden müssen.

ABFEDERUNG VERSTECKTER KOSTEN IM STUDIUM

MENSENGARANTIE

In den letzten Jahren haben immer mehr Mensen schließen müssen. Ihr Angebot ist oft nicht zeitgemäß und viel zu teuer für Studierende. Wir setzen uns für Mensen an allen Hochschulen ein und fordern kostengünstige Preise. In anderen Ländern wie Deutschland oder Finnland sind günstige Mensen für Studierende durch Subventionen Standard – wir wollen sie auch in Österreich!

Zwar brachte die Novelle des Studienförderungsgesetzes einige Verbesserungen, jedoch gibt es noch viel zu tun, wie etwa die Streichung der Altersdiskriminierung. Das Gesetz muss daher grundlegend neu aufgestellt und diskriminierungsfrei gestaltet werden.

NACHBESSERUNG DER STUDFG-NOVELLE

ANHEBUNG DES ANSPRUCHSALTERS FÜR KINDERBEIHILFE

Die Mindeststudienzeit ist für Studierende oft nicht einhaltbar – häufig aufgrund von Faktoren, die nicht in ihren Händen liegen. Das Begrenzen der Kinderbeihilfe bei aktivem Studium auf ein Alter von 25 erschwert das Vollenden von Studien, weshalb diese Altersgrenze nach oben gesetzt werden muss.

Studierendenrabatte etwa in Kultureinrichtungen ermöglichen Studierenden, ihre Freizeit aktiv zu gestalten. Rabattangebote für Studierende sollen daher ausgebaut und ohne Altersgrenze verfügbar werden.

RABATTANGEBOTE FÜR STUDIERENDE

EFFEKTIVE MASSNAHMEN GEGEN TEUERUNGEN

Zwei Drittel der Studierenden leben unter der Armutsgrenze. Deswegen sind Hilfsmaßnahmen hier besonders gefragt. Der Erlass der Studiengebühren, die Erhöhung und Vereinfachung der Studienbeihilfe sowie Mietzuschüsse sind einfache und schnelle Maßnahmen, die Studierenden helfen.

Die ÖH vertritt alle österreichischen Studierenden, gerade für PhD-Studierende sind Beratungs- und Ressourcenangebote jedoch unterproportional vorhanden. Wir setzen uns daher für eine verstärkte Arbeit für die Bedürfnisse von PhD-Studierenden im ÖH-Betrieb ein.

**STÄRKERER
FOKUS AUF PHD-
STUDIERENDE IM
ÖH-BETRIEB**

**MITBELEGUNG
VEREINFACHEN**

Die Mitbelegung von Lehrveranstaltungen an anderen Hochschulen als der Stammhochschule ist mit großen bürokratischen Hürden verbunden. Dabei profitieren Studierende vom Austausch und Lehrangebot anderer Hochschulen, die oft nochmals andere Perspektiven bieten. Wir fordern daher eine Entbürokratisierung der Anmeldeprozesse, wenn man Lehrveranstaltungen an anderen österreichischen Hochschulen mitbelegen möchte.

**GERADE JETZT:
LEISTBAR
WOHNEN**

Leistbares Wohnen ist eine grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Besonders Studierende erleben häufig eine massive Wohnungsnot: Hohe Mieten, keine zeitgemäßen und über-tauerte Studi-Wohnheime und fehlende Alternativen machen Wohnen für Studierende häufig zum realen Albtraum. Zusätzlich spiegeln sich auch im Wohnraum soziale Ungleichheiten und diskriminierende Strukturen wider: Steigende Mieten, Verdrängungseffekte und "Green Gentrification" führen dazu, dass einkommensschwache Menschen, BIPOCs, queere Personen und Menschen mit Behinderungen besonders stark von Wohnungsnot betroffen sind. Während wohlhabendere Bevölkerungsgruppen von klimafreundlichen Modernisierungsmaßnahmen profitieren, werden vulnerable Gruppen häufig aus ihren Wohnvierteln verdrängt. Gleichzeitig

stehen zahlreiche Gebäude leer, die für leistbares und klimagerechtes Wohnen genutzt werden könnten.

Eine sozialgerechte Klimapolitik im Wohnsektor muss sicherstellen, dass ökologische Maßnahmen nicht zu sozialer Ausgrenzung führen. Leistbares Wohnen und Klimaschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sozialer Wohnbau muss Vorreiter für klimafreundliches Wohnen sein, Leerstände müssen konsequent bekämpft und nachhaltige Stadtentwicklung gefördert werden. Wir kämpfen für eine Wohnpolitik, die ökologische Verantwortung mit sozialer Gerechtigkeit verbindet. Für eine Stadtentwicklung, die niemanden zurücklässt. Für einen studierendenfreundlichen Wohnungsmarkt. Und für ein Recht auf Wohnen, das frei von Diskriminierung, Verdrängung und Ausgrenzung ist.

LEISTBARER WOHNRAUM FÜR ALLE

Der Wohnungsmarkt wird dominiert von wohlhabenden Spekulant_innen, während innerstädtischer leistbarer Wohnraum immer seltener wird. Wir fordern, dass bei der Genehmigung von Neubauten auch die gesellschaftliche Relevanz als Kriterium gilt: Es braucht leistbaren Wohnraum für Viele statt exklusive Luxuswohnungen als Investitionsobjekte.

Gerade in der Klimakrise ist es von besonderer Bedeutung, Bestandsgebäude effektiver zu nutzen, klimagerecht zu sanieren und Neubauten einzuschränken. Eine Koppelung davon an den Grundbedürfnisse der Student_innen, um leistbares Wohnen zu ermöglichen, ist eine Möglichkeit, sowohl nachhaltig als auch sozial zu agieren.

GEBÄUDEBESTAND NUTZEN UND SANIEREN

MIETPREIS- DECKELUNG FÜR ALLE WOHNUNGEN

Während Mietpreisobergrenzen für die meisten Altbaugebäude in Wien gelten, gibt es keine Grenzen für Mietpreise bei Neubauwohnungen. Die Folge: Der Wohnbedarf von Studierenden wird ausgenutzt und horrend Preise für WG-Zimmer verlangt. Wir fordern, dass allgemeine Mietpreisdeckelung in ganz Österreich eingeführt werden, sodass Wohnraum für Studierende leistbar bleibt.

Als Student_in hat man oft wenig Zeit dafür, sich über wichtige Alltagsthemen zu informieren. Die ÖH hat unter GRAS-Beteiligung bereits eine kostenlose Wohnberatung für Studierende etabliert. Diese soll weiter ausgebaut und mehrsprachig und niederschwellig verfügbar sein, um wohnrechtsbezogene Informationen für Studierende zugänglich zu machen.

KOSTENLOSE RECHTSBERATUNG FÜR STUDIERENDE IN FRAGEN DES MIETRECHTS AUSBAUEN

EINFÜHRUNG EINES STUDIERENDEN- MIETREGISTERS

Zur besseren Übersicht über durchschnittliche Mieten soll ein Register eröffnet werden, in dem Durchschnittsmietpreise für WG-Zimmer und Mietwohnungen von Studierenden selbst angegeben werden können und so vergleichbar und ersichtlich für andere Studierende sind. Dies ermöglicht Studierenden bei der Wohnungssuche, besser abzuschätzen, ob ihnen faire Mietkonditionen angeboten werden.

LEERSTANDSMELDER ETABLIEREN UND AUSBAU VON ZWISCHEN- NUTZUNGSMODELLEN

Informationen zu Gebäuden, die leer stehen, sind derzeit nicht öffentlich zugänglich. Deshalb soll ein Leerstandsmelder etabliert werden, der den Aufbau von Konzepten für Zwischennutzung erleichtert. Zusätzlich sollen leerstehende Wohnungen vermehrt Studierenden zur Verfügung gestellt werden.

UNBEFRISTETE MIETVERTRÄGE IN DEN FOKUS ZIEHEN

Studierende leben oft in Wohnungen, welche kurz befristet sind – dadurch halten sich Vermieter_innen die Option offen, bei der nächsten Vermietung höhere Mieten zu verlangen. Wir wollen Wohnraum für Studierende, in dem sie dauerhaft wohnen können und nicht alle paar Jahre wieder auf die Suche nach einem neuen Zuhause gehen müssen.

Studiwohnheime bieten Konditionen, die explizit an die Bedürfnisse von Studierenden angepasst sein sollen. Allerdings explodieren die Preise in manchen Studierendenwohnheimen, sodass diese unleistbar werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Studierendenwohnheime leistbar bleiben und somit eine studierendengerechte Wohnmöglichkeit sind.

STUDIERENDEN- WOHNHEIME LEISTBAR UND ZEITGEMÄSS MACHEN

ZUGANG ZU GEFÖRDERTEM WOHNRAUM

Es braucht leistbaren Wohnraum für Studierende in allen Hochschulstandorten. Studierende sollen außerdem vereinfachten Zugang zu gefördertem Wohnraum bekommen, unabhängig davon, ob sie zuvor in der Stadt ihrer Hochschule wohnhaft waren.

Kautionen stellen besonders für Studierende eine Hürde bei der Wohnungssuche da. Ein Wohnungskautionsfonds nach dem Vorbild von Graz und Salzburg stellt sicher, dass beim Anmieten einer Wohnung nicht auch noch hohe Beträge für eine Kautionsauftrieb werden müssen. Diesen fordern wir für alle Studierende in Österreich.

WOHNUNGSKAUTION- FONDS

ENERGIEKOSTEN SENKEN

Für viele Studierende machen Energiekosten einen erheblichen Teil der Wohnkosten aus. Förderungen für Sanierung, Hitzeschutz und Dekarbonisierung von Heimen und kostenlose Energieberatung für Studierende sollen helfen, diese Kosten zu senken.

Außerdem ist ein Umstieg auf Erneuerbare essentiell, um die Energiekosten langfristig niedrig zu halten.

Wohnbeihilfen sind oft an Mindesteinkommensgrenzen gebunden – diese erreichen Studierende häufig nicht. Weil Studierende, besonders, wenn sie ein noch geringeres Einkommen haben, auf Beihilfen angewiesen sind, fordern wir bundesweite Wohnbeihilfen für Studierende – welche auch WG-Konstellationen und Studierendenwohnheimplätze umfassen.

WOHNBEIHILFE AUCH FÜR STUDIERENDE

GERADE JETZT: GERECHTE FHS UND PHS

Viel zu oft bleiben die Stimmen der Studierenden ungehört, weil sie in Gremien der Hochschule unterrepräsentiert sind oder die Strukturen, um auf sich aufmerksam zu machen, vollkommen fehlen. Wenn dies der Fall ist, ist es für uns als GRAS klar, dass es die Pflicht der Österreichischen Hochschüler_innenschaft ist, effektive Vertretungsstrukturen einzufordern und sich dafür einzusetzen, dass diese auch gesetzlich verankert werden. Eine starke studentische Stimme in Entscheidungsprozessen ist Voraussetzung dafür, dass hochschulpolitische Entscheidungen nicht an den Bedürfnissen der Studierenden vorbei getroffen werden.

Die österreichische Hochschullandschaft ist

in die vier Sektoren aufgeteilt: Universitäten, Pädagogische Hochschulen, Fachhochschulen und Privatuniversitäten. Wir setzen uns für eine Vereinheitlichung der Rechtslage für diese Sektoren ein, damit Studierende weitestgehend dieselben Rechte und Pflichten gegenüber ihrer Hochschule haben. Vor allem Studierende an Hochschultypen, die im Privatrecht verankert sind, müssen stärker unterstützt werden. Denn gerechte Bildung bedeutet auch gerechte Strukturen an allen Hochschultypen. Als GRAS setzen wir uns für eine Hochschullandschaft ein, die niemanden ausschließt, gleiche Chancen für alle bietet und Studierende in den Mittelpunkt stellt – unabhängig vom Hochschultyp, an dem sie studieren.

FREIES UND FLEXIBLES STUDIUM

Wo möglich, soll die Anwesenheitspflicht auf ein Minimum zusammengekürzt werden, um das Studium flexibler zu gestalten. Es braucht mehr Wahlmöglichkeiten und ein weniger striktes Kursystem, das eine flexible Gestaltung des Studiums ermöglicht.

Studierende sollen die Möglichkeit bekommen, zu Prüfungen erneut anzutreten, wenn sie das möchten – etwa, um ihren Schnitt zu verbessern.

FREIWILLIGE WIEDERHOLUNG VON PRÜFUNGEN ERMÖGLICHEN

VEREINFACHUNG DER ANRECHENBARKEIT VON VORLEISTUNGEN

Insbesondere Leistungen, die bereits an anderen Hochschulen erbracht worden sind, sollen einfacher anrechenbar sein.

Um Erfolgchancen zu erhöhen, soll ein fünfter kommissioneller Prüfungsantritt für alle Hochschulprüfungen (Status quo: 3 reguläre und ein kommissioneller Antritt) eingeführt werden.

ANHEBUNG AUF 5 PRÜFUNGSANTRITTE FÜR ALLE, 4. UND 5. KOMMISSIONELL

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN

WEITERENTWICKLUNG DER UNTER- UND OBERSTUFE

Bildung wird in Österreich noch immer vererbt. Der Grundstein für den Bildungsweg wird bereits in der Unterstufe gelegt, hier muss bereits angesetzt werden, um Bildung für alle zugänglich zu machen.

In vielen Lehramtsverbänden müssen Studierende zwingend pendeln, etwa zwischen Salzburg und Linz. Das ist ein enormer Zeit- und Geldaufwand. Es muss möglich sein, ein Lehramtsstudium vollständig an einem Standort zu studieren.

ABSCHAFFUNG DES PENDELZWANGS IM LEHRAMTSSTUDIUM

MEHR PRAXIS MIT GUTER THEORETISCHER EINBETTUNG

Das Lehramtsstudium lebt von viel Praxiserfahrung. Diese muss ausgebaut und gut in die Theorie eingebettet werden, um Lehrkräfte für ihren Beruf zu rüsten.

In der Sommerschule leisten Studierende genau die gleiche Arbeit wie fertige Lehrer_innen – aber für die Hälfte des Gehalts. Wir fordern: Gleiches Gehalt für gleiche Arbeit! Auch Studierende müssen mit € 50,00 in der Stunde entlohnt werden.

ABSCHAFFUNG DES PENDELZWANGS IM LEHRAMTSSTUDIUM

NACHHALTIGE LÖSUNGEN FÜR DEN LEHRER_INNENMANGEL

Der Lehrer_innenmangel in Österreich ist real. Aber mit kosmetischen Maßnahmen wie einer Verkürzung des Studiums wird er nicht nachhaltig gelöst. Stattdessen muss der Lehrberuf attraktiver gestaltet werden, damit wieder mehr Studierende motiviert sind, diese Laufbahn einzuschlagen.

Die Verbundsstrukturen erlauben den Studierenden kaum, das Studium mitzugestalten. Das muss sich ändern, indem die Studierenden in allen Lehramtsverbänden gleiches Mitspracherecht haben wie alle anderen Gruppen an den beteiligten Hochschulen.

GESTÄRKTE MITSPRACHE DER STUDIERENDEN IN DEN VERBÜNDEN

FACHHOCHSCHULEN

FÖRDERUNGEN DES STUDIENPLATZ- AUSBAUES AN FACHHOCHSCHULEN

Viele Fachhochschul-Studiengänge sind überlaufen, insbesondere gesundheitsberufliche und MINT-Lehrgänge. Die Anzahl der Studienplätze muss daher ausgebaut werden.

Solange die studienrechtlichen Sachverhalte an Fachhochschulen im Privatrecht liegen, müssen Rechtsstreite vor den Ordentlichen Gerichten, und nicht vor den Verwaltungsgerichten ausgetragen werden. Das bringt vor allem höhere Kosten für die Studierenden mit sich, was oftmals von einer Klage abhält. Dieser Missstand würde durch eine Überführung des Studienrechts ins Öffentliche Recht gedämmt werden.

ÜBERFÜHRUNG DER STUDIEN- RECHTLICHEN SACHVERHALTE INS ÖFFENTLICHE RECHT

VERBOT DES ZWINGENDEN WIEDERHOLENS BESTANDENER PRÜFUNGEN BEI STUDIENJAHR- WIEDERHOLUNG

Studiengangsleitungen entscheiden oft willkürlich, welche bereits bestandenen Prüfungen bei einer Studienjahrwiederholung erneut abzulegen sind. Zwangswiederholungen sollen gestrichen werden und nicht bestandene Prüfungen sollen in weitere Semester mitgenommen werden können.

STRENGERE QUALITÄTS- SICHERUNG

Bei Hochschulen, welche im Privatrecht liegen, muss die Qualitätssicherung verschärft und gesichert werden. Dadurch wird ein hochqualitativer Bildungsstandard für Hochschulabschlüsse garantiert.

GERADE JETZT: KUNST UND KULTUR

Viele Studierende sind auch neben ihrem Studium Kunst- und Kulturschaffende. Dabei sollte Kunst und Kultur von Studierenden gefördert werden, stellen sie doch ein zentrales Medium dar, um Thematiken, Probleme und Politisches zu kommunizieren, die Studierende bewegen. Kunst schafft Räume für kritisches Denken, inspiriert zum Hinterfragen gesellschaftlicher Strukturen und ermöglicht neue Perspektiven auf soziale, ökologische und politische Herausforderungen. An den Hochschulen muss dieser Betrieb also mehr Platz finden und es müssen bessere Rahmenbedingungen ermöglicht werden, damit Kunstschaffen neben dem Studium nicht mit prekären

Lebensbedingungen einhergeht.

Außerdem fordern wir, dass Kunst und Kultur allen Studierenden zugänglich sein müssen. Wenn alle finanziellen Mittel schon auf die Deckung von Grundbedürfnissen draufgehen, sind Kinobesuche, Museumsnachmittage und Konzerte oft außerhalb des finanziell möglichen Rahmens für Studierende. Kunst und Kultur dürfen kein Luxusgut sein, das nur wenigen vorbehalten ist. Daher braucht es dringend Vergünstigungen, kostenfreie Kulturangebote und Kooperationen zwischen Hochschulen und Kultureinrichtungen, um allen Studierenden kulturelle Teilhabe zu ermöglichen.

FÖRDERTOPF FÜR KUNSTSCHAFFENDE STUDIERENDE

Um die künstlerische Tätigkeit von Studierenden zu unterstützen, sollen Fördertöpfe eingerichtet werden. Insbesondere FINTA*-Personen sowie armutsgefährdeten Studierenden soll dadurch ermöglicht werden, sich künstlerisch zu betätigen und damit auch einen Mehrwert für Mitstudierende zu kreieren.

Kunstschaffenden sollen Plattformen geboten werden, um ihre Kunst zu präsentieren. Dies kann im medialen Raum wie zum Beispiel im Progress-Magazin oder in Newslettern sein, sowie physisch durch Zurverfügungstellung von Hochschulräumen für Kunstproduktionen und Proben von Studierenden.

RAUM FÜR KUNST VON STUDIERENDEN

KUNST UND KULTUR AN DER HOCHSCHULE

Durch vermehrte Hörsaalkinos, Filmvorführungen und Konzerte soll Kunst und Kultur als Bildungs- und Freizeitangebot an Hochschulen verfügbar sein. Diese sollen sowohl von den Hochschulen selbst, von Studierendenvertretungen sowie von Studierenden selbst organisiert werden.

Ein bundesweiter Kulturpass soll eingeführt werden, der Studierenden gratis Eintritt zu Museen, Ateliers, Kinos und Konzerten ermöglicht. Ein solches Konzept existiert bereits in Frankreich durch Bereitstellung eines Guthabens, um welches Bücher, Theater, Kino, etc. konsumiert werden können.

KULTURPASS FÜR STUDIERENDE

VEREINBARKEIT VON KUNSTSCHAFFEN UND STUDIEREN ERMÖGLICHEN

Durch Streichung von ECTS-Mindestleistungen und gesonderten Beurlaubungsregelung für kunstschaffende Studierende soll die Möglichkeit des Kunstschaffens neben dem Studium vereinfacht werden.

GERADE JETZT: DIGITAL UND INTERNATIONAL

Digitalisierung und Internationalität sind zentrale Bausteine einer modernen Hochschullandschaft. Doch auch hier zeigen sich massive Ungleichheiten. Während einige Hochschulen Vorreiter in digitaler Lehre und internationaler Vernetzung sind, kämpfen andere mit veralteter Infrastruktur, fehlender digitaler Barrierefreiheit und eingeschränkten Austauschprogrammen. Für viele Studierende bleiben internationale Erfahrungen aufgrund finanzieller Hürden oder bürokratischer Prozesse unerreichbar. Gleichzeitig birgt die Digitalisierung, die flexibles Lernen ermöglicht, auch Risiken wie soziale Isolation und die Verschärfung von Ungleichheiten.

Wir fordern verstärkte Digitalisierung an Hochschulen, die Studierende in den Mittelpunkt stellt: barrierefrei, zugänglich und ressourcenschonend. Digitale Lehrformate müssen qualitativ hochwertig sein, hybride Lernangebote sollten den Zugang zu Bildung erleichtern und nicht

erschweren. Digitale Infrastruktur darf kein Privileg einzelner Hochschulen bleiben – sie muss flächendeckend und nachhaltig gefördert werden. Zusätzlich muss ein vernünftiger und verantwortungsvoller Umgang im digitalen Raum gefördert werden.

Internationalität darf nicht vom sozialen Hintergrund abhängen. Mobilitätsprogramme, Auslandssemester und internationale Kooperationen müssen für alle Studierende zugänglich sein – unabhängig vom Einkommen oder vom Studiengang. Es braucht mehr finanzielle Unterstützung, transparente Anerkennungsverfahren und weniger bürokratische Hürden. Gleichzeitig muss Internationalität kritisch gedacht werden: Globale Vernetzung bedeutet auch globale Verantwortung. Internationale Zusammenarbeit darf nicht auf Prestigeprojekte beschränkt sein, sondern muss einen Beitrag zu sozialer und ökologischer Gerechtigkeit leisten.

DIGITALISIERUNG

AUFZEICHNUNGEN VON VORLESUNGEN

Da viele Studierende neben dem Studium noch andere Verpflichtungen haben, sollten sie die Möglichkeit haben, Vorlesungen möglichst flexibel nachzusehen. Auch sollte es Streams geben, wenn eine Präsenzteilnahme nicht möglich ist.

Nach der Pandemie dürfen die Vorteile der Online-Lehre nicht verloren gehen. Das bedeutet nach Möglichkeit hybride Abhaltung von Lehrveranstaltungen, die dauerhafte Zurverfügungstellung von Aufnahmen von dafür geeigneten Lehrveranstaltungen und faire Richtlinien für Online-Prüfungen.

DIGITALISIERTES STUDIUM

RECHT AUF DIGITALE PRÜFUNGEN

Seit der Pandemie wissen wir, wie einfach es möglich ist, schriftliche und mündliche Prüfungen digital abzuhalten. Studierende gewinnen an Flexibilität, Prüfungen können auch abgelegt werden, wenn man nicht auf die Hochschule kann und man spart sich den einen oder anderen Krampf in der Hand.

Der Bibliotheksbestand, insbesondere Bücher, die in der Lehre eingesetzt werden, soll digitalisiert verfügbar sein. Nach Möglichkeit in einer Qualität, die auch einfache Stichwortsuchen ermöglicht.

DIGITALISIERTE BÜCHER

DIGITALE INFRASTRUKTUR FÜR ALLE

Ein Studium ohne Laptop ist heute nicht mehr möglich. Auch sonstiges Equipment wie Webcams ist oftmals notwendig. Hochschulen und der Staat müssen für Studierende die Möglichkeit schaffen, technische Geräte kostengünstig beziehungsweise dort, wo notwendig, auch kostenlos, zu Verfügung stellen.

An einigen Hochschulen gibt es eine große Zahl an verschiedenen Anmeldedaten für verschiedene Anwendungen. Dadurch wird die Nutzung der IT der Universitäten deutlich erschwert. Daher fordern wir als GRAS einen einheitlichen Login pro Universität, der sowohl für Webangebote wie etwa Eintragung für Lehrveranstaltungen als auch für Mailadressen und Kalenderintegrationen genutzt werden kann.

EINHEITLICHE ANMELDEDATEN

Trotz Förderungen wie etwa Erasmus+ ist ein Auslandssemester für viele Studierende finanziell nicht zu machen. Hier braucht es ein stärkeres und treffsicheres Förderungsnetz, das auch höhere Kosten für Unterkünfte und ausfallende Gehälter durch Nebenjobs berücksichtigt.

HÖHERE FÖRDERUNGEN FÜR AUSLANDSSEMESTER

KALENDER-INTEGRATION

Während einige Hochschulen bereits heute eine einfache Integration von Stundenplänen und Terminen in andere Kalender wie dem Google-Kalender oder in lokal installierten Programme unterstützen, müssen Studierende bei anderen die Zeiten händisch übertragen oder auf externe Tools zurückgreifen. Um den Studienalltag zu erleichtern, fordern wir eine einheitliche Möglichkeit, Kalenderinformationen zu importieren.

TOP-UP FÜR FIRST GENERATION STUDIERENDE

Besonders für Studierende aus Nicht-Akademiker_innenhaushalten ist Mobilität im Studium finanziell oft nicht stemmbar. Für First Generation Studierende soll daher eine TopUp-Möglichkeit für Förderungen bei Auslandssemestern geschaffen werden

Viele Studiengänge bieten nur sehr beschränkte Möglichkeiten für Auslandsaufenthalte an. Oft werden Leistungen nur teilweise angerechnet, wodurch Zeit von Studierenden verloren geht. Mobilität muss in allen Studiengängen möglich sein und Leistungen aus dem Ausland adäquat angerechnet werden.

MÖGLICHKEIT FÜR AUSLANDSSEMESTER FÜR ALLE

Während manche Hochschulen kostenlose Plagiatschecks für Studierende zu Verfügung stellen, hinken andere Hochschulen nach. Wir fordern, dass alle Studierenden kostenlosen Zugang zu Plagiatschecksoftwares haben und so ihre Arbeiten kontrollieren können.

PLAGIATSCHECKS FÜR ALLE

INTERNATIONALITÄT

STÄRKUNG DER INTERNATIONALEN VERNETZUNG

Insbesondere die größeren Hochschulen haben bereits Partnerschaften mit anderen im In- und Ausland. Diese Vernetzungen und Kooperationen sollten ausgebaut werden, vor allem sollten bestehende Angebote besser an Studierende vermittelt werden.

**GERADE JETZT
BRAUCHT ES EINE
LAUTSTARKE GRAS**